

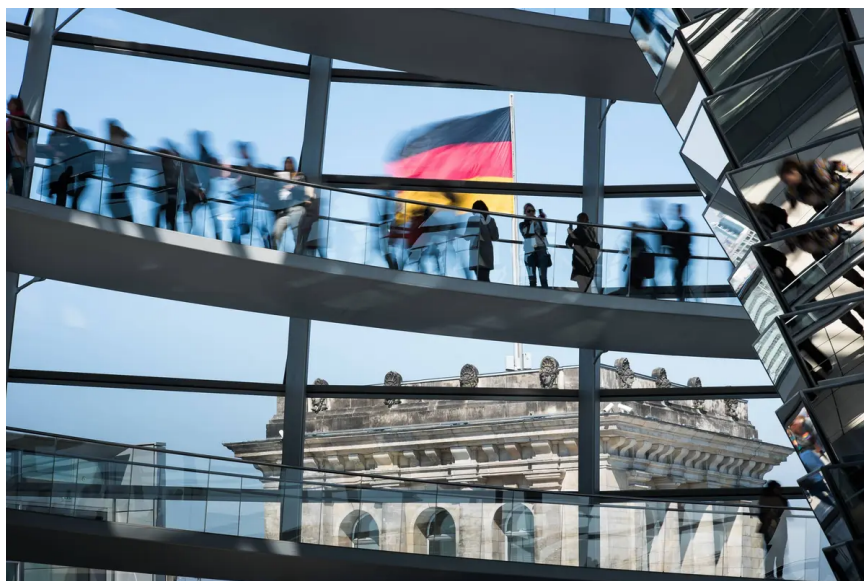
DER ANDERE BLICK

Elke Bodderas, Berlin

Unter Merz brechen für die Beraterbranche goldene Zeiten an

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz gibt noch mehr Geld für Berater aus als sein Vorgänger. Das ist teuer, ineffizient und gegen sein Versprechen, den Staat zu verschlanken.

30.10.2025, 05.30 Uhr ⌚ 3 min

[Hören](#) [Kommentar](#) [Lesezeichen](#) [Teilen](#)

Der Reichstag in Berlin: Mehr Berater, mehr Beamte

Uwe Steinert / Imago

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick am Morgen», heute von Elke Bodderas, Redaktorin der NZZ Deutschland. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Wenn ein Berater über andere Berater spricht, dann ist es nicht weit zu einem Kalauer, dessen Originalversion von Henry Ford stammen soll: «Die Hälfte meiner Berater sind rausgeschmissenes Geld. Ich weiss nur nicht, welche.» Genau so klang auch Friedrich Merz, das war vor den Wahlen. Der Staat, rief der Noch-nicht-Bundeskanzler, gehöre

verschlankt. Mit einem Kanzler Merz gehe es den Beratern ans Leder.

Wenn dies das Ziel der Merz-Regierung gewesen sein sollte, dann muss sie sich verlaufen haben. Was aus seinem Wahlversprechen wurde, kann man einer jüngsten Meldung der «Bild»-Zeitung entnehmen: In den vergangenen zwei Jahren haben sich allein die Kosten für die Berater der Bundesagentur für Arbeit mehr als verdoppelt: von 13 Millionen Euro 2023 auf 31 Millionen Euro bis September 2025. Das scheint wie mit dem Giersch im Garten zu sein. Geht der Gärtner Merz mit der Harke ans Jäten, freut sich der Giersch – und wächst doppelt bis dreifach nach.

1,6 Milliarden Euro für Berater in zehn Jahren

Es gibt keine Erkenntnisse dazu, wie der Bundesrechnungshof es anstellen würde, mit Unkraut fertig zu werden. Aber die Kompetenz reicht immerhin, um die Regierung Merz zu rügen. Diese habe trotz steigenden Kosten «keine Strategie, wie sie ihre Abhängigkeit von externen Beratern verringern kann», so kritisierten die Prüfer im Juni. Ein leidiges Thema.

Hatte nicht der Haushaltsausschuss schon 2020 gefordert, die Berateritis substanziell zu bekämpfen? «Diesen Forderungen ist die Bundesregierung nicht nachgekommen», stellte der Bundesrechnungshof amtlich fest: Insgesamt haben drei Bundesregierungen in den vergangenen zehn Jahren mehr als 1,6 Milliarden Euro für externe Beratung angelegt, ausgegeben oder einfach herausgeschmissen.

Als besonders beraterbedürftig hatte sich bereits die Ampelkoalition erwiesen. Sie liess sich das fachpolitische Geschäft von 2600 externen Consultants erklären. Auch hier mochte die neue Regierung unter Merz nicht zurückfallen und legte noch einmal ein paar hundert Berater drauf, wie der Rechnungshof rügt.

«Blendend» ist noch untertrieben, wenn es um den Gesundheitszustand der Beraterbranche geht. Während die deutsche Wirtschaft 2024 schrumpfte, wuchs das Geschäft der Big Four (Deloitte, PwC, EY, KPMG) um fast 10 Prozent. Müsste es nicht eigentlich umgekehrt sein?

Berater kommen, um zu bleiben

Als Ursula von der Leyen Verteidigungsministerin im Kabinett Merkel war, entschieden Berater, welche Berater zu engagieren seien. Es gibt die schönsten und fürchterlichsten Beispiele für schlecht beratene Berater,

die mit Inkompetenz und politischer Unbedarftheit Minister und Regierungen mitten in hochnotpeinliche Skandale brachten.

Das Heizungsgesetz gehört dazu, das massgeblich von externen Beratern vorbereitet worden war und dann vom Bundesverfassungsgericht kassiert wurde. Wie auch die Maskengeschäfte in der Pandemie, die Gesundheitsminister Jens Spahn zum Grossteil der Beraterfirma EY anvertraut hatte. Die Kosten gehen in die Milliarden, die Aufarbeitung zieht sich bis 2026, und dabei – man ahnt es – sind auch wieder Berater mit von der Partie.

Das weckt die Sehnsucht nach den stillen und tüchtigen Fachbeamten, auf die man sich verlassen kann. Wo sind die hin, gibt es die nicht mehr? Doch, schon. In den Ministerien und Behörden des Bundes. Insgesamt ist die Zahl der Mitarbeiter in der Bundesverwaltung unter der Merz-Regierung auf die historisch hohe Summe von knapp 300 000 gestiegen, das sind 1800 mehr als unter seinem Vorgänger Olaf Scholz, wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gezählt hat.

Übrigens, da gibt es noch einen Spruch, den Berater gerne zum Besten geben. Es ist eher ein Gesetz: Berater kommen, um zu bleiben.



Passend zum Artikel



«Der Status quo ist unser Gegner»: Die Koalitionspartner kündigen mehr Tempo bei Gesetzen an

CDU, CSU und SPD wollen beim Bürokratieabbau Ernst machen. Nach einer Klausurtagung präsentiert Kanzler Friedrich Merz eine Modernisierungsagenda. Auch den Teamgeist hat die neue Regierung gepflegt.

Susann Kreutzmann, Berlin 01.10.2025 ⌚ 4 min



Die deutsche Bundesregierung rechnet mit einem zarten Aufschwung – und muss Sanktionen aus Brüssel befürchten

Nach Jahren der Flaute stellt Berlin in der neuen Herbstprojektion moderates Wachstum in Aussicht. Gleichzeitig verschärfen Schulden und Defizite die finanzpolitische Lage.

Johannes C. Bockenheimer 08.10.2025 ⌚ 3 min



Die Wirtschaft in Deutschland stagniert, die Sozialausgaben wachsen. Wie lange kann sich das Land seinen Sozialstaat noch leisten?

Bundeskanzler Friedrich Merz mahnt, der deutsche Sozialstaat sei wegen der